

Pierre Bourdieu

Interventionen

1961-2001

Band 3: 1988-1995
Realpolitik der Vernunft &
Neuerfindung eines
kollektiven Intellektuellen

Band 4: 1995-2001
Unterstützung der
sozialen Kämpfe &
Widerstand gegen die
liberale Gegenrevolution



VSA

Raisons d'Agir

Pierre Bourdieu
Interventionen
Band 3/4: 1988-2001

Pierre Bourdieu (1930-2002) war Professor für Soziologie am Collège de France in Paris. Seine wichtigsten Arbeiten: »Die feinen Unterschiede« (Frankfurt a.M. 1982), »Homo academicus« (Frankfurt a.M. 1988), »La Noblesse d'Etat« (Paris 1989), »Les règles de l'art« (Paris 1992), »Das Elend der Welt« (Konstanz 1997), »Gegenfeuer« 1 und 2 (Konstanz 1998 und 2001).

Bei VSA erschienen bisher vier Bände »Schriften zu Politik & Kultur«, herausgegeben von Margareta Steinrück.

Pierre Bourdieu

Interventionen 1961-2001

Sozialwissenschaft und politisches Handeln

Band 3: 1988-1995

Ernüchterung durch die Politik &

Realpolitik der Vernunft

Kämpfe auf europäischer Ebene &

Neuerfindung eines kollektiven Intellektuellen

Band 4: 1995-2001

Unterstützung der sozialen Kämpfe:

Vom Dezember '95 bis Raisons d'agir

Die Medien im Dienste der konservativen Revolution

Widerstand gegen die liberale Gegenrevolution

Raisons d'agir

Aus dem Französischen von Franz Hector, Jürgen Bolder u.a.

Herausgeber der französischen Ausgabe:
Franck Poupeau und Thierry Discepolo

Die deutschsprachige Ausgabe dieser thematisch-chronologischen Zusammenstellung politischer Stellungnahmen Pierre Bourdieus von 1961-2001 umfasst vier Bände.

Bd. 1: 1961-1980

Kolonialkrieg & revolutionäres Bewusstsein
Erziehung & Herrschaft
Gegen die Wissenschaft von der politischen Enteignung

Band 2: 1975-1990

Herrschende Ideologie &
wissenschaftliche Autonomie
Laien & Professionelle der Politik
Erziehung & Bildungspolitik

Die Bände erscheinen in der von Pierre Bourdieu mitbegründeten Reihe *Raisons d'agir* (Gründe zu handeln), in der sich internationale Forscher und Publizisten bewusst in aktuelle politische Debatten einmischen.

Originaltitel: »Pierre Bourdieu, Interventions, 1961-2001. Science sociale et action politique. Textes choisis et présentés par Franck Poupeau et Thierry Discepolo«.

© Éditions Agone, Marseille, France, 2002

© für die deutsche Ausgabe:

VSA-Verlag 2004, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Druck- und Buchbindearbeiten: Druckerei Runge, Cloppenburg

ISBN 3-89965-079-4

Inhalt

Band 3: <i>1988-95: Politische Ernüchterung und Realpolitik der Vernunft</i>	8
Die Bürgertugend	13
Die Kenntnis der sozialen Welt als Voraussetzung der Kritik	18
Das Elend des Staates – der Staat des Elends	27
<i>Auseinandersetzungen auf europäischer Ebene</i>	38
Neuerfindung eines kollektiven Intellektuellen	
Für eine Internationale der Intellektuellen	41
Im Osten erwacht die Geschichte	53
Die politische Sprache der Konservativen Revolutionen	57
Mentale Mauern	58
Intellektuelle Verantwortlichkeiten	64
Kriegerische Töne in Jugoslawien	
Wie kann man den Zirkel der Angst durchbrechen?	66
Im Dienst der historischen Formen des Universellen	71
Wozu ein Schriftstellerparlament?	76
<i>Auf dem Weg zum kollektiven Intellektuellen</i>	81
ARESER & CISIA	
Ein Beispiel für »rationale Demagogie« in der Bildungspolitik	85
Ein demagogischer Fragebogen	
Die Universitätsreform – eine Augenwischerei	90
Ein Problem kann ein anderes verdecken	95
Über die Affäre um das »islamische« Kopftuch	
Wir müssen den Mördern in den Arm fallen	97
Für eine Partei des zivilen Friedens	100
Unterlassene Hilfeleistung für Menschen in Gefahr	104

Herr Pasqua, sein Berater und die Ausländer	107
Nein zur Ghettoisierung Algeriens	109
Das Verdrängte enthüllen und verbreiten	112

Band 4:

1995-2001: Unterstützung sozialer Kämpfe

<i>Vom Dezember 95 zu Raisons d'agir</i>	118
=	
Rückblick auf die Streiks vom Dezember 1995	123
Aufruf zu den Generalständen der sozialen Bewegung	132
Zur Unterstützung des Marsches der Gleichgeschlechtlichkeit	134
Die Fremdenfeindlichkeit des Staates bekämpfen	136
Wir haben genug vom Rassismus des Staates	138
Neoliberalismus als konservative Revolution	140
Jetzt steigen die Aktien der Arbeitslosen	147
Für eine linke Linke	150
Wir befinden uns in einer Epoche der Restauration	155
Ein Minister macht noch keinen Frühling	157
Die Aktualität von Karl Kraus	166
Ein Handbuch für den Kämpfer gegen die symbolische Herrschaft	
Die Medien im Dienst der Konservativen Revolution	175
Libé nach zwanzig Jahren	179
Probleme von Worten	182
Eine bescheidenere Sicht auf die Rolle des Journalisten	
Von vermischten Meldungen zur Staatsaffäre	187
Über unbeabsichtigte Effekte des Informationsrechts	
Das Elend der Medien	190
Fragen über ein Quiproquo	198
Kann das Fernsehen das Fernsehen kritisieren?	200
Analyse eines Versuchs, zu Wort zu kommen	
Fragen an die wahren Herren der Welt	210

<i>Im Widerstand gegen die liberale Gegenrevolution</i>	218
Offener Brief an die Mitglieder der UNO-Mission in Algerien	222
Europäischer Aufruf zu einem gerechten und dauerhaften Frieden auf dem Balkan	227
Für ein Österreich als Vorreiter des sozialen Europas	230
Manifest für die Einberufung von Generalständen der sozialen Bewegungen in Europa	237
Die neue globale Begrifflichkeit	239
Offener Brief an den Generaldirektor der UNESCO zu den vom GATS ausgehenden Gefahren	248
Das soziale Europa tritt auf der Stelle	253
Eine organisierte Mobilisierung internationaler gesellschaftlicher Kräfte	255
Für einen permanenten Widerstand gegen die neue Weltordnung	260
Wissenschaftler und soziale Bewegung	264
Die sozialen Bewegungen effektiver machen	268
Eine wirklich kritische Haltung aufbauen	270
Register der Eigennamen	277

Die oberste Priorität müsste es sein, das kritische Bewusstsein der Mechanismen symbolischer Gewalt, die in der Politik wirksam sind, anzuhoben; und dafür die symbolischen Waffen bereitzustellen, die alle Bürger befähigen, sich gegen die symbolische Gewalt zu verteidigen und sich nötigenfalls von ihren »Befreiern« zu befreien.

1988-95: Politische Ernüchterung und Realpolitik der Vernunft

Die Frage, ob die Tugend möglich ist, kann man durch die Frage ersetzen, ob man Welten schaffen kann, in denen die Menschen ein Interesse am Universellen haben.

Vorlesung am Collège de France 1988-89

*Nach seiner Mitarbeit an der staatlichen Expertise¹ startet Pierre Bourdieu Ende der 1980er Jahre ein Gemeinschaftswerk, das unter dem Titel *La Misère du monde*² 1993 erscheint und sehr schnell zu einem Referenzwerk der sozialen Bewegungen wird. Das Buch war ein enormer Erfolg in der Öffentlichkeit: Mehr als 80.000 Exemplare werden verkauft, es wird Vorlage von Thea-*

¹ Siehe *Interventionen*, Bd. 2: 1975-1990, S. 79ff.

² Pierre Bourdieu et al., *La Misère du monde*, Seuil, Paris, 1993 (deutsch: *Das Elend der Welt*, UVK, Konstanz 1997).

terstücken, und der Soziologe nimmt die Einladung an, zusammen mit Abbé Pierre an der Sendung von Jean-Marie Cavada, »La Marche du siècle« (France 3, 15.4.1993), teilzunehmen.

Im »Post Scriptum« von *La Misère du monde* wird die Selbstabgeschlossenheit der Welt der Politik und deren Ignoranz der sozialen Wirklichkeit offen angesprochen; zudem liest sich der Titel des Buches wie eine Antwort auf Premierminister Michel Rocard, der nach dem Wahlerfolg des rechtsextremen Front National unter Verweis auf das »Problem der Einwanderung« am 24. August in *Le Monde* erklärt hatte: »Frankreich kann nicht das ganze Elend der Welt aufnehmen, doch es muss in der Lage sein, verlässlich seinen Anteil zu übernehmen.«

Wahrscheinlich lässt sich das Ausmaß des Zerwürfnisses, das mit der Leitung dieser Untersuchung verbunden war, nur dann ermessen, wenn man auf die Analyse zurückgeht, die Pierre Bourdieu zwei Jahre zuvor vorgelegt hatte (siehe S. 13ff.), als die Regierung Rocard eine politische Lösung für die Forderungen der Kanaken nach Unabhängigkeit gefunden hatte:³ ein Moment des Zurückweichens angesichts einer »tiefgehenden Krise der politischen Repräsentanz und Delegation« (siehe S. 239ff.). Denn es ist das Prinzip politischer Repräsentanz, das für Pierre Bourdieu auf dem Spiel steht; oder genauer, die »legitime Usurpation« jedes öffentlichen Amtes, das »Mysterium des Ministeramtes«, diese Macht, die der politische Mandatsträger aus der Delegation bezieht.

³ Die Kämpfe für die Unabhängigkeit Neukaledoniens hatten zwischen den beiden Wahlgängen für die Präsidentschaft zu Blutvergießen geführt, nachdem der Premierminister und Präsidentschaftskandidat Jacques Chirac den Sturm auf die Höhle von Ouvéa befohlen hatte, in die sich die Unabhängigkeitskämpfer mit ihren Geiseln zurückgezogen hatten. Die Militäraktion endete mit einem Massaker an den Militanten des FLNKS (Front de Libération Nationale Kanak Socialiste). (Siehe Jean-Marie Tjibaou, *La Présence kanak*, Odile Jacob, Paris, 1996; Alban Bensa und Jean-Claude Rivière, *Les Chemins de l'alliance. L'organisation sociale et ses représentations en Nouvelle-Calédonie*, SELAF, 1982; und zur Position von Pierre Bourdieu, »Quand les Canaques prennent la parole. Entretiens avec Alban Bensa«, *Actes de la recherche en sciences sociales*, 1985, Nr. 56, S. 69-83.)

Diese Analyse der Machtausübung führt laut Pierre Bourdieu nicht zu Passivität oder Resignation. Soziale Gruppen konnten nämlich deshalb an der Errichtung des Rechtsstaates arbeiten, sich einen öffentlichen Dienst oder das Gemeinwohl vorstellen und entwickeln, weil sie von deren Verallgemeinerung profitieren konnten.⁴ Eine effiziente und realistische Politik würde darin bestehen, dieses prinzipielle Interesse an der Verallgemeinerung auf andere soziale Welten auszuweiten, und institutionelle Strukturen zu erfinden, die bewirken, dass die Politiker ein Interesse an der Tugend haben.

»Die politische Moral fällt nicht vom Himmel; sie liegt nicht in der Natur des Menschen. Nur eine *Realpolitik* der Vernunft und der Moral kann dazu beitragen, günstige Bedingungen für die Entstehung von Welten zu schaffen, in denen alle Akteure eine Art ständige, vor allem in der Kritik bestehende Probe auf ihre Verallgemeinerbarkeit zu bestehen hätten. (...) Gerade in der Politik hat die Moral nur dann eine Chance, wenn man daran arbeitet, die institutionellen Mittel einer Politik der Moral zu schaffen. Die offizielle Wahrheit des Offiziellen, der Kult des öffentlichen Dienstes und der Verpflichtung auf das Gemeinwohl halten einer Kritik des Verdachts, die überall Korruption, Karrieredenken, Vetternwirtschaft oder bestenfalls ein privates Interesse am Dienst am Gemeinwohl aufdeckt, nicht stand.«⁵

Die Kritik der Öffentlichkeit spielt daher eine ausschlaggebende Rolle, um die Politiker zu zwingen, das zu sein, wozu sie ihre soziale Funktion verpflichtet, also die »Diskrepanz zwischen offiziell und offiziös« zu reduzieren und »Bedingungen für die Errichtung der Herrschaft der Bürgertugend zu schaffen.«⁶

Doch diese Kritik der nationalen Bürokratien führt nicht nur zur Aufdeckung des sozialen Leidens, das durch die von der Lin-

⁴ Für eine genauere Darlegung siehe Pierre Bourdieu, *Raisons pratiques*, Paris 1994, S. 99-146 (dt. *Praktische Vernunft*, Frankfurt 1998, S. 96-139).

⁵ *Praktische Vernunft*, a.a.O., S. 225.

⁶ Ebd., S. 226.

ken selbst praktizierte Politik hervorgerufen wird. Mit ihr verbunden ist auch die Frage nach den Bedingungen politischer Aktion der Intellektuellen, deren Autonomie durch die Herrschaft einer »Kommunikationstechnokratie« bedroht wird, die das Monopol der professionellen Politiker in der öffentlichen Debatte verstärkt.

»Die von mir immer wieder gestellte Frage lautet, wie man die Expertengemeinde in der öffentlichen Debatte zu Wort kommen lassen könnte, die über das arabische Problem, über die Vorstädte, über das islamische Kopftuch etwas zu sagen hätte... Denn wer spricht schließlich in den Medien? Es sind Halbphilosophen, deren einzige Kompetenz aus der oberflächlichen Lektüre oberflächlicher Texte besteht, Leute wie Alain Finkielkraut. Ich nenne sie die armen Bildungsweißen. Es sind nicht sonderlich gebildete Halbgebildete, die sich zu Verteidigern einer Bildung machen, die sie nicht haben, um sich von denen abzugrenzen, die über noch weniger davon verfügen. Genau diese Leute erobern den öffentlichen Raum und vertreiben diejenigen, die etwas zu sagen haben. Bevor man vom ›Übel der Vorstädte‹ spricht, bevor man all die Dummheiten äußert, die von den französischen Intellektuellen zu hören sind, müsste man erst einmal hingehen! Wer so urteilt, verursacht große Schäden, weil seine Äußerungen unverantwortlich sind. Und zugleich nehmen diese Leute den aus dem Bereich Kommenden und dort Arbeitenden den Mut zur Intervention. Eines der großen Hindernisse für das Erkennen der sozialen Welt sind gegenwärtig sie. Sie beteiligen sich an der Konstruktion sozialer Phantasievorstellungen, die einen Schleier zwischen einer Gesellschaft und ihrer eigenen Wahrheit bilden.

[Das ist einer der Gründe, warum ich die Zeitschrift *Liber* gegründet habe], die in den meisten europäischen Ländern ihre Korrespondenten hat, die in fünf Ländern gleichzeitig erscheint und die vor allem das Ergebnis einer wirklich internationalen Dialektik sein will. Ihr Ziel ist es, die verschiedenen nationalen Kulturen einander näher zu bringen, damit man die Frankfurter Schule nicht mit dreißigjähriger Verspätung entdeckt oder

damit man in Deutschland nicht mehr auf eine debile Weise vom Strukturalismus spricht. Der Grundgedanke besteht darin, die Kommunikationen zu beschleunigen, um den Raum der Diskussion zu synchronisieren. Liber hat allerdings auch die Funktion, die Forscher in die öffentlichen Debatten einzubringen, damit nicht immer die am meisten sagen, die am wenigsten wissen.«⁷

Während die internationalen Gleichgewichte durch den Einsturz der Berliner Mauer und die Konstruktion der Europäischen Union – die sich als neuer Arbeitskontext aufzwingt – durcheinander geraten, muss der Kampf der Intellektuellen nach Ansicht Pierre Bourdieus mehr denn je gemeinsam und international geführt werden (siehe S. 38).

Franck Poupeau/Thierry Discepolo

⁷ »Les intellectuels ont mal à l'Europe«, Gespräch mit Michel Audédat, *L'Hebdo*, 14.11.1991.

Die Bürgertugend

Die politische Welt ist der Schauplatz zweier gegenläufiger Tendenzen: Auf der einen Seite bezieht sie sich immer stärker auf sich selbst, auf ihre Spiele und ihre Einsätze, und auf der anderen Seite ist sie immer stärker dem Blick des normalen Zuschauers ausgesetzt; in beiden Fällen ist die Rolle des Fernsehens entscheidend. Die Folge ist, dass der Abstand zwischen den Profis und den Laien immer größer und das Wissen um die Eigenlogik des politischen Spiels immer stärker wird.

Man muss heute kein Fachmann in politischer Soziologie sein, um zu erkennen, dass sich die meisten Äußerungen und Handlungen von Politikern – nicht nur die »beiläufigen Anmerkungen« zu den »großen Entwürfen« oder die großen Debatten über die kleinen Divergenzen zwischen den Führern oder den »Strömungen«, sondern auch die schwerwiegendsten politischen Entscheidungen – aus den Interessen herleiten lassen, die aus der Konkurrenz für die eine oder andere seltene politische Position erwachsen, sei es die des Generalsekretärs, des Premierministers oder des Präsidenten der Republik, und so weiter auf allen Ebenen des politischen Raumes.

Die Diskrepanz zwischen Erwartungen im Hinblick auf Wahrhaftigkeit oder Ansprüchen auf Selbstlosigkeit, die in die demokratische Delegation der Macht eingeschrieben sind, und der Wirklichkeit klitzekleiner Manöver leistet der Verstärkung aktiver Gleichgültigkeit Vorschub, wie sie eine Zeit lang von Coluche symbolisiert wurde, und die etwas ganz anderes ist als der poujadistische¹ Antiparlamentarismus, auf den sie aus Gründen der Abwehr von denen reduziert wird, die ihn gerade erst

Erschienen in *Le Monde*, 16.9.1988, S. 1-2.

¹ Poujadismus: Nach Pierre Poujade benannte, 1953 gegründete Protestbewegung französischer Kleinhändler, Handwerker und Bauern, die durch eine rechtspopulistische Haltung gekennzeichnet war. (Anm. d. Übers.)

herstellen. Aber sie kann auch ein Gefühl der Entrüstung erzeugen und ein verbreitetes politisches Desinteresse in Feindschaft gegenüber der Politik und den von ihr Lebenden verwandeln.

Daher tragen die wiederholten Kehrtwendungen von Führern, die ganz offensichtlich mehr von der Sorge um den eigenen Fortbestand als von den Interessen derer geleitet werden, die sie von Berufs wegen vertreten, nicht wenig dazu bei, dass der Front national sich heute oft aus den früheren Hochburgen der kommunistischen Partei rekrutiert, die weitaus mehr als alle anderen von der – auf Vertrauen oder Resignation beruhenden – Selbstüberantwortung an einen Sprecher profitiert hat (denn es ist bekannt, dass diese Einstellung um so häufiger vorkommt, je weiter man sich in der sozialen Hierarchie nach unten bewegt). Und die Bündnisse mit den Rechtsparteien nützen dem Front national nicht so sehr aufgrund des Anscheins von Respektabilität, der damit einhergeht, wie es heißt, als aufgrund des Misskredits, in den sie jene bringen, die ihre eigenen Denunziationen dementieren, weil sie für alle ersichtlich zu allem bereit sind, um den eigenen Fortbestand zu sichern.

Daher ist die politische Ernüchterung eine fast zwangsläufige Folge der beiden Bewegungen des politischen Universums. Auf der einen Seite ziehen sich die in das politische Spiel Involvierten mehr und mehr zu ihrem Spiel hinter verschlossenen Türen zurück, haben häufig keine andere Verbindung zur Außenwelt als Umfragen, die Antworten geben, die in den Fragen bereits enthalten sind; viele von ihnen treibt lediglich die Sorge, zu bestehen (wie die Prätendenten) oder zu überleben (wie die entthronten Größen), und sie begnügen sich, jenseits einer prinzipiellen ethischen Überzeugung oder einer Hingabe an eine politische Sache, unterschiedslos mit Handlungen, die nichts anderes als Reaktionen auf die Reaktionen anderer sind. Und der Gipfel der Perversion ist erreicht, wenn die »Selbstdarstellung im Fernsehen« zum Maß aller Dinge geworden ist und die von den Meinungsforschern angeleiteten Kommunikationsratgeber die Politiker darin schulen, Aufrichtigkeit zu mimen und Ernsthaftigkeit zu spielen.

Auf der anderen Seite hat das Fernsehen, aufgrund eines seiner Effekte, der von jenen am systematischsten geleugnet wird, welche es für alle Missstände des Jahrhunderts verantwortlich machen – gestern die »Vermassung« der »Massen« und heute der Niedergang der Kultur – ein Fenster zu dem geschlossenen Feld geöffnet, auf dem die Politiker ihr Spiel mit dem Prinzen spielen und dabei der Illusion unterliegen, nicht wahrgenommen zu werden. Wie in den alten Demokratien der kleinen, untereinander bekannten Gruppen oder in der griechischen Stadt, wie sie Hegel sich vorgestellt hat, sind die Mandatsträger von nun an dem ständigen Blick aller anderen ausgesetzt: Wer die Protagonisten des politischen Spiels im Verlauf von Interviews, Erklärungen oder Debatten an Wahlabenden beobachtet hat, für den haben sie nichts Geheimnisvolles mehr, und selbst die Oberflächlichsten unter ihnen würden viel von ihrem Hochmut verlieren, wenn sie die psychologischen Porträts zur Kenntnis nehmen würden, die sogar von den kulturell Ärmsten mit seltener Schärfe gezeichnet werden, wenn sie danach gefragt werden. Wie Hugo bemerkte, weiß jeder, »dass das Auge vielleicht sagt, wenn der Mund ja sagt«. Und der zum Fernsehzuschauer gewordene Bürger kann, auch wenn er noch so wenig über die Kunst verfügt, die Unwägbarkeiten der infralinguistischen Kommunikation zu dechiffrieren, »das Recht auf den eigenen Blick« ausüben, das er mehr oder weniger bewusst immer gefordert hat.

Die von den Wählern anlässlich der letzten Präsidentschaftswahl gewollte »Öffnung« ist nicht mit der gleichzusetzen, die die Apparate, die Apparatschiks und auch die politischen Kommentatoren aufregt und voneinander abgrenzt, die eine Tendenz des politischen Mikrokosmos zur Selbstabkapselung verstärkt, das heißt lediglich ein bisschen kompliziertere Formen gewöhnlicher Kombinationen. Es ist eine Öffnung, die die politische Welt dem kritischen Blick aller Bürger noch weiter öffnen und das politische Korps daran hindern würde, die eigenen Partikularinteressen und eigenen Sorgen dazwischen zu schieben, die man zu Recht politizistisch nennen kann, weil sie keinen anderen Sinn und Zweck haben als die Verteidigung des Korps. Alle haben verstanden, dass es zu viele echte Probleme gibt, als dass

man es den Politikern überlassen dürfte, die unechten Probleme zu erfinden, die sie für ihren eigenen Fortbestand brauchen.

Die Lösung der Regierung von Michel Rocard für das Problem in Neukaledonien ist unter diesem Aspekt beispielhaft. Sich lediglich aus Gründen der Lösung eines Problems anzunehmen, das eben noch Gegenstand einer wahrhaft politizistischen Form von Ausbeutung war, bringt im Nachhinein den zynischen Instrumentalismus einer politischen Entscheidung zum Vorschein, wie er mit dem Angriff auf die Höhle von Ouvéa verbunden war; das erinnert daran, dass politischer Mut, wie es einst Mendès-France gelehrt hat, darin besteht, sich einem Problem unterzuordnen, mit dem Risiko des Sturzes, anstatt die Probleme zu benutzen, um sich um jeden Preis zu halten. Und der Erfolg der Verhandlung hat gezeigt, dass die Bürgertugend, vielleicht, weil sie so selten ist, vielleicht, weil sie an die Tugend appelliert, bisweilen eine ausgesprochen wirkungsvolle politische Waffe sein kann.

Man hat das Gefühl, dass die politische Welt aufgrund dieses Vorgehens den Rückstand wieder wettmachen könnte, in den sie aufgrund ihrer Abgekapseltheit gegenüber Erwartungen der Bürger und insbesondere gegenüber ethischen Erwartungen geraten war, die im Verlauf der letzten zwanzig Jahre immer deutlicher geworden sind, vor allem bei Aktionen oder Demonstrationen von SOS Racisme, von Studenten und Oberschülern.

Die von den Erfordernissen des politischen Spiels wie auch von den Zwängen der Apparate subjektiv wie objektiv freiesten politisch Verantwortlichen können sich verständlich machen, während die Apparatschiks zur Zeit zum Schweigen verurteilt sind. Und vielleicht bilden sich gerade die Bedingungen heraus, unter denen sich klare und stillschweigende Regeln oder, besser noch, objektive Mechanismen auf Dauer durchsetzen, die den Politikern die Anforderungen der Bürgertugend praktisch aufzwingen. Es hängt von allen Bürgern ab, insbesondere von denen, die wie die Intellektuellen Muße und Möglichkeiten haben, ihr Recht auf die Beobachtung der politischen Welt wahrzunehmen, dass eine Art von Machtausübung, gelegentlich als eine Art von naivem Moralismus bezeichnet (was nämlich ge-

meint ist, wenn von »Pfadfindertum« die Rede ist), tatsächlich die schöpferische Vorwegnahme eines anderen Zustandes der politischen Welt ist. In diesem würden sich die politisch Verantwortlichen ständig unter aller Augen befinden und wären gezwungen, diese Form direkter Demokratie zu praktizieren, wie sie paradoxerweise durch die Transparenz und die Öffnung des politischen Feldes mittels demokratischer Verwendung des Fernsehens möglich wird.

Es war viel vom Schweigen der Intellektuellen in jenen Zeiten die Rede, als diese eine Menge Tugend aufbringen mussten, um nicht andauernd über die Verfehlungen gegenüber der Bürgertugend zu klagen, womit sie riskiert hätten, sie in den Dienst zynischerer Intentionen zu stellen. Vielleicht ist für sie der Moment gekommen, das Wort zu ergreifen, nicht um die Mächtigen zu feiern, wie üblicherweise von ihnen verlangt, sondern um mit anderen, vor allem mit Journalisten, eine bürgerliche Wachheit praktisch werden zu lassen, die durch Kritik und Öffentlichkeit, aber auch durch Lob und stillschweigendes Einverständnis dazu beiträgt, eine politische Welt zu schaffen, in der die Verantwortlichen ein Interesse an der Tugend hätten.

Die Kenntnis der sozialen Welt als Voraussetzung der Kritik

Wie analysieren Sie den Bruch zwischen der Gesellschaft und der politischen Welt?

Die Kämpfe der weniger durch Ideen und Programme als durch Erbstreitigkeiten getrennten politischen Strömungen, die sich widerstreitenden Ansprüche der Prätendenten auf die Nachfolge, die groben demagogischen Tricks all dieser von ihren Werbeberatern manipulierten Manipulateure, kurz die Machenschaften der Politik, die, dank dem Fernsehen, alle Bürger alle Tage direkt vor Augen haben, haben den Glauben an die Uneigennützigkeit und die Hingabe der Politiker zerstört und den Verdacht auf das immer mehr auf seine eigenen Einsätze beschränkte politische Spiel selbst gelenkt. Aber es geht hier nicht nur um die Politiker. Ein anderer Hauptgrund für den Bruch ist die Selbstgefälligkeit eines Staatsadels, der aus seinen schulischen Adelstiteln die unumstößliche Gewissheit seiner Kompetenz und seiner Legitimität zieht (man weiß, dass ein immer bedeutenderer Teil der Politiker, die zählen, Minister, Kabinettsmitglieder, der Linken oder der Rechten, ganz abgesehen von den Führungskräften oder Eigentümern der großen öffentlichen oder privaten Unternehmen, aus den großen schulischen Concours¹ hervorgegangen sind und sich als eine Elite der »Intelligenz« verstehen). Es ist bezeichnend, dass die arrogantesten dieser

Gespräch mit Louis Roméo, das unter dem Titel »La saine colère d'un sociologue« am 19.3.1992 in *Politis* veröffentlicht wurde. Nachdruck der Übersetzung (unter dem Originaltitel: »Die gesunde Wut eines Soziologen«) von Jürgen Bolder aus: Pierre Bourdieu, Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik & Kultur 1. Hrsg. von Margareta Steinrücke. VSA, Hamburg 1997, S. 165-174.

¹ In Frankreich häufige Form von Zugangsprüfung, Wettbewerb um eine begrenzte Zahl von in der Rangfolge der besten Noten vergebenen Plätzen (Anm. d. Übers.).

neuen Mandarinen sich für berufen halten, sich in ein zunehmend durch die medienpolitische Logik des kulturellen *Fastfood* und des *Bestsellers* beherrschtes intellektuelles Spiel einzuschalten; und dass es ihnen bisweilen gelingt, ihre symbolischen Gewaltstreichemithilfe der Komplizenschaft der Hof-»Intellektuellen« zu vollführen, die mit ihnen um die Gunst der Medien rivalisieren und die Gemeinplätze, die à la mode sind, vom Kolloquium bis zum Großspektakel einer Betrachtung in einer Wochenzeitschrift oder einer Fernsehdebatte weiterverbreiten (die Plätze, wo die gedankenarmen Männer der Macht die machtarmen »Intellektuellen« treffen, Zeitschriften oder Clubs, die das Bindeglied zwischen Hautes Etudes und Sciences-Po² abgeben, Kolloquien, Seminare, vorzugsweise europäische, haben sich un-
aufhörlich vermehrt und es vergeht kein Tag, an dem man nicht dasselbe Häuflein austauschbarer Protagonisten austauschbare Reden über die vom Augenblick diktierten Themen austauschen sieht).

Dieses Medien-Tout-Paris, obgleich scheinbar völlig offen für die Probleme der Welt und oftmals überzeugt, Geschichte zu machen, ist in Wirklichkeit strikt auf seine kleinen Geschichten beschränkt. Und wie sollte es auch anders sein? All diese Leute, die unablässig die »bürgerliche Gesellschaft« im Munde führen, haben überhaupt keine Lust und verfügen vor allem über keinerlei Mittel (abgesehen von der täglichen Zeitungslektüre und dem regelmäßigen Studieren der Meinungsumfragen), sich mit der sozialen Welt, die zu erklären oder zu regieren sie den Anspruch stellen, wirklich vertraut zu machen. Wie oft ist es zur Einschätzung dieses oder jenes für ein paar Wochen auf den Bestsellerlisten stehenden Werkes völlig ausreichend zu wissen, dass es aus einem Disput kleiner Medienmeister über das Ende des »Strukturalismus«, die Wiederkehr des »Subjekts« oder die Bedrohung durch den Kulturrelativismus, der xten Auflage der

² Hautes Etudes: die Grandes Ecoles, die Elitehochschulen, für den Bereich der Politik und öffentlichen Verwaltung insbesondere die ENA (Ecole nationale d'administration); Sciences-Po: Hochschule für politische Wissenschaften, die u.a. als Vorbereitungsschule für die ENA dient (Anm. d. Übers.).

Infragestellung der Sozialwissenschaften, entstanden ist. (Diejenigen, die von den ach so neuen Gedanken der »Postmoderne« entzückt sind, *sollten* »Die beiden Quellen der Moral und der Religion«³ noch einmal lesen.)

Die wesentliche Funktion dieser Denker ohne Gedanken (und ohne Werk) ist es, glauben zu machen, sie hätten welche und so die Leere in der politischen und intellektuellen Debatte zu erzeugen: Indem sie einem dank ihres Quasi-Monopols über die Massenkommunikationsmittel (und dank der oft recht brutalen Zensur, die sie im Namen des Liberalismus und der Zwänge des Kampfes gegen die Überreste des »Marxismus« ausüben) die Allgegenwart ihrer *Bedeutungslosigkeit* aufzwingen, setzen sie die Themen und Fragestellungen durch, die keine andere Raison d'être als ihre Gier nach Anerkennung als Meisterdenker haben. Damit sind sie, ohne es zu wollen und zu wissen, die natürlichen Verbündeten derer, die an der Grenze zwischen dem politischen und dem intellektuellen Feld gegen alle Versuche, ein wenig Realität in das geschlossene Feld ihrer Rivalitäten zu bringen, die Barriere ihrer hölzernen ökonomischen Fachsprache errichten.

Rührt die heute herrschende »Katastrophenstimmung« nicht weniger aus der historischen Realität als aus der Vorstellung, die die Journalisten sich von ihr machen?

Man hat es in der Tat mit einer tiefen Krise der *Repräsentation* (in allen Bedeutungen des Begriffes⁴) und der *Delegation*, Fundamenten der Demokratie, zu tun. Da sie sich weder unmittelbar auszudrücken noch in den politischen Vorstellungen wiederzuerkennen vermag, kann die tiefe Unzufriedenheit, die einen Teil der Gesellschaft erfasst hat – die traditionelle Klientel der Linksparteien wie der Lehrkörper und alle unteren und mittleren Ränge des öffentlichen Dienstes sind davon nicht aus-

³ In Frankreich 1932, in Deutschland 1933 erstmals erschienenes Werk von Henri Bergson (Anm. d. Übers.)

⁴ Bedeutet Darstellung, Vorstellung, Vertretung und Stellvertretung (Anm. d. Übers.)

genommen –, ein Ventil in den national-rassistischen Ideologien finden, die vom Ressentiment und von der Verzweiflung leben, wie sie aus der Erfahrung des sozialen Abstiegs, individuell oder kollektiv (wie dem einer ganzen sozialen Gruppe – der Metallarbeiter z.B. –, einer Region oder der Nation als Ganzer), entstehen. Man denkt sofort an die *materiellen und moralischen* Leiden all der Arbeitslosen, all der Bezieher von Mindesteinkommen und all der Teilzeitbeschäftigten. An kein Ende käme man aber, wollte man all die Leiden ganz neuer Art aufzählen, die etwa von den mit dem Schulsystem zusammenhängenden Enttäuschungen hervorgerufen werden, sei es, dass man von der Schule (für sich selbst oder für die Seinen) nicht das erhalten hat, was man erwartet hatte, sei es, dass man am Arbeitsmarkt nicht das erreicht hat, was die von der Schule vergebenen Titel verheißen hatten (wobei die Arbeitslosigkeit der Diplomierten den Betroffenen und ihrem Umfeld besonders skandalös erscheint). Dann wären da noch die Leiden, die aus der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen resultieren (die ihrerseits durch die Schwächung der Gewerkschaften und die prekäre Beschäftigungssituation gefördert oder verursacht werden), überdies noch die, die aus der Wohnungssituation herühren (von der diejenigen keineswegs verschont bleiben, die zwar ihren Traum vom kleinen Häuschen verwirklichen konnten, nun aber oft mit finanziellen Belastungen und Wegezeiten für ein Privileg zahlen müssen, das ihnen vor den wirklichen oder eingebildeten Nachbarschaftsproblemen durchaus nicht immer Schutz gewährt). Diejenigen, die den Rassismus verurteilen, müssten mit der gleichen Schärfe die Bedingungen verurteilen, die den Rassismus fördern oder verursachen, die Kriminalität, die Gewalt, die Vereinzeln, das Zerschneiden der Solidarbeziehungen, eben all das, was Angst hervorruft, den Rückzug auf sich selbst, und auch, das versteht sich von selbst, die Bedingungen, die diese Verhaltensweisen aus Verzweiflung begünstigen, wie die Wohnungsbau- und Beschäftigungspolitik. Die tugendhaften Gemütszustände und das anti-rassistische Gewäsch tragen nicht weniger als die Anti-Le Penschen Glaubensbekenntnisse gewisser Politiker zur Förderung dieser oder

jener Krise des Vertrauens in das Wort des Wortführers, dieses tiefsitzenden Verdachts gegen die Kleriker, kurz dieser Art generalisierten Antiklerikalismus bei, der stets noch dem Faschismus in die Hände gespielt hat.

Einer der Gründe für das Elend, das zu Verzweiflungslösungen (wie dem Votum für den Front National) führt, ist, dass die Leute nicht mehr wissen, welchem Heiligen sie folgen; sie haben das Gefühl, dass diese von ihnen erlebten Malaisen⁵ – von denen, die das Wort führen, weder gesehen noch erkannt, weder verstanden noch anerkannt werden. Der Staat selbst, diese letzte Zuflucht, diese irdische Vorsehung (ich kann hier meine auf Kafka sich stützende Beweisführung nicht wiederholen, aber der Staat nimmt stets, ob man es will oder nicht, die Stelle Gottes ein) verwandelt sich in einen bösen Gott, der mittels seiner Helfershelfer, ohne Glauben und ohne Gesetz der *heiligen Pflicht und Schuldigkeit* der Nation gegenüber ihren Mitgliedern nicht nachkommt, kurz den Bürgerschaftsvertrag bricht. Es ist kein Zufall, dass die Verzweiflung sich vornehmlich auf die *Ausländerfrage* richtet. Und diejenigen, die sich den Kampf gegen eine Partei zur einzigen Devise machen, die für fähig gehalten wird, den Vertrag zu erneuern, den sie gebrochen haben, sind unzweifelhaft am wenigsten in der Lage, von dieser Überzeugung jemand abzubringen...

Liegt hier für Sie die Verbindung zwischen dem Front National und bestimmten Formen des gesellschaftlichen Leidens?

In der Tat. Den Akzent auf das *Nationale* im Gegensatz zum *Fremden* legen heißt, den Willen zu bekräftigen, die Umverteilung (von Unterstützungsleistungen, Beihilfen, Versicherungen, der Sozialfürsorge und zweifellos auch der Arbeit) in die Hand zu bekommen, die recht eigentlich dem Staat obliegt, und auf

⁵ Malaise bedeutet im Französischen sowohl etwas Subjektives: Unbehagen, als auch etwas Objektives: Notlage. Im Deutschen gibt es kein Wort, das beide Aspekte zugleich umfasst, deshalb lassen wir es hier unübersetzt (Anm. d. Übers.).

dem Gebiet den Einheimischen absoluten Vorrang einzuräumen. So kann man den Erfolg der »nationalistischen« Botschaft bei den »armen Weißen« verstehen, die nichts haben außer ihrer rechtlich garantierten Zugehörigkeit zu einem Staat, der sie im Stich lässt.

Schwerer zu verstehen ist aber, warum sich die Parteien der Linken gegen eine ganze Tradition des Internationalismus und Universalismus haben dazu hinreißen lassen, die Dichotomie einheimisch/fremd oder eingeboren/eingewandert zu übernehmen und daraus das zentrale Sicht- und Einteilungsprinzip zu machen, auf Kosten vor allem des Gegensatzes zwischen Reichen und Armen, welche Letztere ebenso gut Einheimische wie Fremde umfassen...

In Réponses⁶ haben Sie die Grenzen des Ökonomismus aufgezeigt: es gab eine Zeit, da sprach man von Selbstverwaltung, da wollte man die Spielregeln ändern; und heute, wenn man heute nicht von Führung spricht, wird man für altmodisch gehalten... Ich glaube, dass der Ökonomismus, der auf der Linken, in der marxistischen Tradition, ebenso anzutreffen ist wie auf der Rechten, der ökonomischen Realität im vollen Wortsinn eine furchtbare Verstümmelung zufügt. Er führt zur Abstraktion von einer ganzen, absolut entscheidenden, Dimension von Kosten und Profiten. Da ich jetzt keine vollständige Beweisführung vornehmen kann und um schnell zum Wesentlichen zu kommen, nur soviel: Die Folgen einer als Management des wirtschaftlichen Gleichgewichts (im engen Wortsinn) konzipierten Politik werden auf tausenderlei Art bezahlt, in Form sozialer, psychologischer Kosten, in Form von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Kriminalität, Alkohol- und Drogenkonsum, von Leiden, das zu Resentiment oder zu Rassismus, zu politischer Demoralisierung etc. führt. Eine wirklich umfassende Kosten-Nutzen-Rechnung

⁶ *Reponses*, Ed. du Seuil, Paris 1992 (deutsch: *Rede und Antwort*, Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1992). In diesem Buch antwortet Bourdieu, größtenteils im Gespräch mit Loïc Wacquant, ausführlich auf die an seine Theorie gestellten Fragen und gegen sie erhobene Einwände (Anm. d. Übers.)

würde zeigen, dass die Soziologie eine Ökonomie in Vorschlag bringt, die nicht minder streng und der Komplexität der Realität angemessen ist als die partielle Ökonomie der reinen Verwalter; und dass es die Logik des wohlverstandenen Eigeninteresses selbst ist, die den Bruch mit dem liberalen Laisser-faire ebenso wie mit dem Determinismus naturalisierter sozialer Gesetze erzwingt. Und die Bekräftigung der Rolle des Staates: Gegen die beiden Formen von Unterwerfung unter die Notwendigkeit der ökonomischen Gesetze, die aus diesen zwei Formen von Ökonomismus resultieren, muss man vom Staat fordern, dass er sich mit der Kenntnis der demographischen, ökonomischen und kulturellen Gesetze wappnet, um an der Korrektur von deren Effekten mittels politischer Eingriffe zu arbeiten, bei denen er die (juristischen, fiskalischen, finanzpolitischen etc.) Mittel nutzt, über die er verfügt. Die (ethische und politische) Gerechtigkeit und die (technische) Richtigkeit stehen zweifellos weniger stark und weniger oft im Gegensatz zueinander, als ein kurzfristiges, im engen Sinne ökonomisches Gewinn- und Verlust-Kalkül erwarten lässt. Weit entfernt davon, das »Absterben des Staates« herbeizuwünschen, muss man von ihm verlangen, dass er seine regulierende Tätigkeit ausübt, fähig dazu, die »Fatalität« der ökonomischen und sozialen Mechanismen zu konterkarieren, die der gesellschaftlichen Ordnung immanent sind.

Man sieht hieran, dass Ihre Soziologie eine politische Bedeutung hat ... Oft wirft man Ihnen vor, so hermetisch zu sein, dass nicht mehr zu sehen ist, inwiefern das konkret dazu dienen kann, »bei der Befreiung zu helfen«...

Ich glaube, dass der Vorwurf, den man der Soziologie (und mir im Besonderen) macht, den Fatalismus zu bestärken, oder, was auf dasselbe hinausläuft, die pessimistische Abdankung, auf einem völligen (und zweifellos unbewussten, was nicht heißen soll unschuldigen) Missverstehen des Status der Sozialwissenschaft und der Regelmäßigkeiten oder Gesetze, die sie aufzustellen sucht, beruht. Ist es nötig, daran zu erinnern, dass die sozialen Gesetze keine Naturgesetze sind, die von Ewigkeit her

und in alle Ewigkeit in die Natur der Dinge eingeschrieben sind, und dass die wissenschaftlichen Gesetze keine präskriptiven Normen sind, keine imperativen Verhaltensregeln, sondern empirisch konstatierte und validierte Regelmäßigkeiten? Und dass folglich diese (statistischen) Regelmäßigkeiten sich keineswegs als ein Imperativ oder ein Schicksal aufnötigen, dem man sich unterwerfen müsste? Die sozialen Regelmäßigkeiten treten als wahrscheinliche Verkettungen auf, die man nur bekämpfen kann, falls man das für notwendig befindet, unter der Bedingung, dass man sie kennt.

Wenn ich mich entschliesse, an solche Basis-Wahrheiten zu erinnern, dann deshalb, weil manche meiner Kritiker sich auf einem solchen Niveau von Unverständnis (und Inkompetenz), und auch von Obskurantismus, bewegen, dass ich auf das A und O der Wissenschaftsphilosophie zurückkommen muss...

Denken Sie, dass die Soziologie zur Erneuerung der Politik beitragen kann? Glauben Sie, dass sie dazu beitragen kann, die kritische Gegenmacht der Intellektuellen, die Sie häufig von ihren Zeitgenossen fordern, zu fundieren und zu bewaffnen?

Die Kenntnis der sozialen Welt, die die Soziologie liefert, ist ohne jeden Zweifel eine der unerlässlichsten Voraussetzungen eines wirklich verantwortlichen kritischen Denkens. Ich habe an die Notwendigkeit erinnert, mit dem Ökonomismus zu brechen und eine regulierende Tätigkeit zu fördern, die alle konstitutiven Elemente einer Ökonomie berücksichtigt, welche auf das Glück gerichtet wäre und nicht auf die bloßen Werte der Produktivität, der Rentabilität und der Wettbewerbsfähigkeit. Aber ich glaube, dass eine solche Ökonomie, die dem Symbolischen einen hervorragenden Rang einräumen müsste, konkret, in ihren Mitteln und vor allem in ihren Zielen, nur unter der Bedingung konzipiert werden kann, dass man in der Lage wäre, neue Formen von Delegation und Repräsentation einzuführen. Die Krise der Repräsentation, die dem Misskredit, in den die Politik sich gebracht sieht, zugrundeliegt, hat ihren Ursprung ohne Zweifel in der Organisationslogik der Gewerkschaften und der Massenparteien und insbesondere in einer Sozialtechnolo-

gie, die im 19. Jahrhundert zu dem Zweck erfunden worden ist, die Beziehungen zwischen der Basis und ihren Führern zu gewährleisten, die aber faktisch dazu gedient hat, die Reproduktion des Apparats und seiner Führer, die der Programme, Plattformen, Anträge, Kongresse, Mandate zu sichern. Eine radikale Kritik der gegenwärtigen Formen der Informationszirkulation und der kollektiven Willensbildung müsste es möglich machen, die demobilisierende Ernüchterung hinter sich zu lassen, um sich neuen Formen von Mobilisierung und Reflexion zuzuwenden. Paradoxe Weise haben die politischen Apparate, die als Instrumente der Befreiung, der individuellen wie insbesondere der kollektiven, konzipiert waren, oft als Instrumente von Herrschaft funktioniert, zumal mittels der symbolischen Gewalt, die in ihnen, aber auch durch sie ausgeübt wurde. Deshalb scheint mir oberste Priorität zu haben, das kritische Bewusstsein von den Mechanismen der symbolischen Gewalt zu erweitern, die in der Politik und durch die Politik wirken; und zu diesem Behufe den symbolischen Waffen weite Verbreitung zu verschaffen, die allen Bürgern die Mittel zu garantieren vermögen, sich gegen die symbolische Gewalt zu verteidigen, sich, wenn nötig, von ihren »Befreiern« zu befreien.